

## Unsere Forderungen:

- Abbruch der Verhandlungen und Ratifizierungsprozesse aller Abkommen, die auf Basis des Negativlisten-Ansatzes verfasst sind, da diese unkalkulierbare Risiken für die Bürger beinhalten
- Vorrang von Menschenrechten vor Interessen von Großunternehmen und Investoren
- Keine Sonderklagerechte für Konzerne und Investoren
- Keine Regulatorische Kooperation
- Keine Aushebelung demokratischer Bürgerrechte
- Keine Klauseln, die eine Rekommunalisierung verhindern
- Keine „lebenden Abkommen“, die auch nach Unterzeichnung - ohne parlamentarische Legitimation - zum Nachteil der Bürger verändert werden können
- Gesunde Nahrungsmittel (ohne Genveränderung, Hormone und überflüssige Pestizide) mit überwiegend regionaler Vermarktung
- Strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips
- Verbot von Glyphosat und anderen Pestiziden bzw. Herbiziden
- Eine weltweite Stärkung der Kleinbauern, auch um Fluchtursachen und Hungersnöte zu verhindern
- Die Schaffung von gerecht entlohnten Arbeitsplätzen, eine insgesamt faire Handelspolitik
- Schutz der Natur und Umwelt vor Ausbeutung und Zerstörung
- Eine streng regulierte Finanzpolitik, die nachhaltig produzierende Gesellschaften fördert
- Ein gerechter, nachhaltiger Abbau und Verbrauch von Ressourcen
- Öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen von hoher Qualität für alle Bürger
- Einhaltung aller ILO-Kernarbeitsnormen (Internationale Arbeitsrechts-Standards)
- Unabhängige Forschung – kein Einfluss durch Konzerne auf Bildungseinrichtungen
- Beschränkung des Einflusses von Lobbyisten
- Schutz des geistigen Eigentums und der Daten aller Bürger

## Unsere Alternative:

### Solidarischer und ökologischer - FAIRER - Welthandel!

Menschenrechte, menschenwürdige Arbeit, soziale und ökologische Prinzipien und das europäische Vorsorgeprinzip sind nicht verhandelbar!

### Unser Bündnis

Das Aschaffener Bündnis „Demokratie erhalten – STOP TTIP“ fordert den Abbruch aller Verhandlungen zu Freihandelsabkommen (TTIP, CETA, TISA, JEFTA) und eine demokratische, zukunftsfähige und faire Handelspolitik. Dazu organisieren wir Informationsveranstaltungen bzw. Informationsstände und haben uns an der Unterschriftensammlung für die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA beteiligt. Mehr als drei Millionen Menschen haben dafür unterzeichnet.

Eine globale Handelspolitik, die ausschließlich auf materielles Wachstum und den Profit einiger global agierender Konzerne und Investoren abzielt, steht dem mehrheitlichen Interesse des „Rests“ der Menschheit an der Verbesserung der Lebensbedingungen diametral entgegen. Sie heizt den Klimawandel an und wird immer mehr zur Ursache von massenhaften Fluchtbewegungen. Deshalb streiten wir alle gemeinsam, jeder auf seine Weise und in seinem Wirkungskreis, für grundlegende Veränderungen. Viele Millionen Menschen beteiligen sich weltweit an Demonstrationen und Petitionen gegen die natur- und menschenfeindliche Handelspolitik, wie sie von unseren lobbygetriebenen Regierungen noch immer verfolgt wird.

Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen mitmachen, jeder nach seinen Möglichkeiten. Es geht um unser Leben und um die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir entscheiden, wie lebenswert die Zukunft sein wird. Jeder Einzelne kann etwas dazu beitragen.

Einmal im Monat findet ein Treffen statt, auf dem alle wichtigen Aktionen vorbereitet und entschieden werden. Ein fünfköpfiger Sprecherrat führt die Geschäfte zwischen den Plenumsitzungen. In den Sprecherrat wurden Reinhard Frankl, Wolfgang Helm, Georg Liebl, Bernhard Schmitt und Niklas Wagener gewählt.

## Die Mitglieder unseres Bündnisses

(jeweils für die regionalen Verbände)

- ATTAC
- AB jetzt RICHTIG mobil e.V.
- Betriebsseelsorge
- Bündnis 90/Die Grünen
- BUND Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
- DGA21 Deutsche Gesellschaft Agenda 21
- DGB Deutscher Gewerkschaftsbund
- Die Linke
- Freie Wähler
- Friedenstrommler
- GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Grüne Jugend
- JÖ Junge Ökologen
- JUSOS
- KAB Katholische Arbeitnehmer Bewegung
- KI Kommunale Initiative
- ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei
- SPD Stadtverband Aschaffenburg, Ortsvereine Stadtmitte, Nilkheim und Österreicher Kolonie
- ver.di
- Sowie zahlreiche Einzelpersonen

## Kontakt:

**E-Mail:** kontakt@stop-ttip-ab.de

Hier können auch dieser Flyer bestellt werden.

**Webseite:** www.stop-ttip-ab.de

Um unsere **Grundsätze** zu erhalten, schicken Sie einfach eine Email an: [grundsätze@stop-ttip-ab.de](mailto:grundsätze@stop-ttip-ab.de)

Text: Wolfgang Helm, Gestaltung: Stefan Weber  
Bilder Fotolia: 159169313, 92684915, 87301297, 78462116  
V.i.S.d.P.: Bernhard Schmitt, Poststr. 6, 63796 Kahl

# Aschaffener Bündnis

Demokratie erhalten



SELBSTORGANISIERTE  
EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

gegen die Aushebelung von Demokratie und  
Bürgerrechten durch die Freihandels-  
und Dienstleistungsabkommen der  
„Neuen Generation“ wie

TTIP, CETA, JEFTA und TISA





### Worum geht es?

Derzeit werden mehrere Freihandels- und Dienstleistungsabkommen der sogenannten „neuen Generation“ verhandelt. Vordergründig geht es dabei um die Angleichung technischer Standards und die Beseitigung von Zöllen. Tatsächlich aber werden hier Weichen gestellt, um unsere demokratischen Bürgerrechte abzubauen und um staatliche Dienstleistungen in Privathand abzugeben. Ein Weg, um Großkonzernen und anderen Investoren kurzfristig höhere Profite zu verschaffen – auf Kosten der Bevölkerung und ihrer zäh erkämpften Rechte.

### Wohlstand für alle?

Regierungsparteien, EU-Kommission und internationale Großkonzerne versprechen mehr Arbeitsplätze und Wohlstandsmehrung für alle Beteiligten. Unabhängige Untersuchungen allerdings haben nachgewiesen, dass eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, wenn überhaupt, minimal sein würde. Einkommen und Beschäftigung könnten sogar deutlich absinken.

### Umwelt-, Sozial- und Verbraucherstandards

Ziel der Abkommen ist es, Umwelt-, Sozial- oder Verbraucherstandards nur auf dem jeweils niedrigsten Stand anzuerkennen. Hohe Standards werden als „Handelshemmnis“ definiert und können zu einer Schiedsgerichtsklage führen. Gesunde Herstellungsverfahren, Bevorzugung regionaler Vermarktung, Landschaftsschutz und faire Löhne sind so nicht mehr möglich.

### Bedrohung der Demokratie

Weder das EU-Parlament noch die Parlamente der 28 EU-Staaten werden an den Verhandlungen beteiligt. Vertragsinhalte oder Verhandlungsstand werden sogar vor den Abgeordneten geheim gehalten. Über die von der EU-Kommission und den Lobbyisten von Großindustrie und Banken verhandelten Völkerrechtsverträge dürfen die Parlamente nur mit „ja“ oder „nein“ abstimmen. Jede inhaltliche Veränderung ist ihnen verwehrt.

### Regulatorische Kooperation

Die sogenannte „Regulatorische Kooperation“ soll den Konzernen noch vor der Beratung im Parlament direkten Einfluss auf die Gesetzgebung ermöglichen. Damit wird der bereits jetzt übermächtige Einfluss der Unternehmenslobby endgültig festgeschrieben.

### Positiv- und Negativlisten

Während sich alle bisherigen Freihandelsabkommen der EU auf Positivlisten bezogen, also jeder betroffene Bereich genau aufgeführt und klar erkennbar war, gründen die Abkommen der „Neuen Generation“ auf Negativlisten. Das bedeutet, dass nur die Bereiche vor dem Zugriff von Profitinteressen geschützt sind, die in einer Liste explizit als Ausnahmen geführt werden. Alle anderen Dienstleistungen, Arbeitsbereiche, auch Bodenschätze, Wasser und Wald, gelten als Handelsgut. Bisher sind, laut unabhängigen Sachverständigen, lediglich die Polizei und das Militär verbindlich ausgenommen.

### Öffentliche Dienstleistungen

Die Abkommen, insbesondere TiSA, zielen auf eine maximale Privatisierung staatlicher Dienstleistungen. Versorgungs- und Vorsorgeeinrichtungen wie Wasser-, Gas- und Stromversorgung, Straßenbeleuchtung, Kanalisation und Müllbeseitigung, Nahverkehr, sozialer Wohnungsbau, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie öffentliche Kultureinrichtungen und öffentliche Gebäude werden so zur Handelsware und sollen unwiderruflich privatisiert werden. Dies würde für die Bürger zu schlechterer Versorgung, Verarmung des gesellschaftlichen Lebens und steigenden Kosten führen.

### Geheimverhandlungen

Trotz aller Transparenz-Versprechen werden die Abkommen nach wie vor streng geheim verhandelt. Je mehr an die Öffentlichkeit dringt, desto klarer wird, dass es hauptsächlich um die Interessen von internationalen Konzernen, Banken und Investoren geht.

### Private Schiedsgerichte

Mit der Einrichtung privater Schiedsgerichte wird der Bock zum Gärtner gemacht. Sobald Konzerne ihre Gewinne beeinträchtigt sehen, etwa durch Gesundheits- oder Verbraucherschutzmaßnahmen, sollen die Entscheidungen privater Schiedsstellen in Streitfällen verbindlich werden. Konzerne und Investoren können so Staaten zu Entschädigungen in Milliardenhöhe verklagen, selbst wenn sie noch gar keine Investition getätigt haben. Auch Vorschläge zur Einrichtung eines internationalen Handelsgerichtshofes ändern daran nichts.

### Kennzeichnungspflicht von Verbrauchsgütern

Eine Verschärfung der Kennzeichnungspflicht zum Schutz der Verbraucher, zum Beispiel vor genetisch veränderten oder hormonbehandelten Produkten oder Pestizidrückständen, gilt als mögliches Handelshemmnis.



#### TTIP (USA - EU)

Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)

#### CETA (Kanada - EU)

Comprehensive Economic and Trade Partnership (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen)

#### JEFTA (Japan - EU)

Japan-EU Free Trade Agreement (Japan-EU Freihandels-Abkommen)

#### TiSA

Trade in Services Agreement (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)